

Motion Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP): Schluss mit der Abzockerei durch Bussenjagd auf Berns Strassen!

In den Schweizer Städten häufen sich brutale Raubüberfälle. Gleichzeitig überbieten sich die Polizeidirektionen im Abzocken von Verkehrsbussen gegenseitig.

Ein Anstieg der Gewalt ist auch in der Stadt Bern festzustellen, wie in der Sicherheitsbilanz 04 der Stadtpolizei bestätigt wird.

In der Bundeshauptstadt nahmen schwere Delikte gegen Leib und Leben um 4,2% zu, dies bedeutet 447 Fälle innerhalb Jahresfrist! Dies mag für einige wenig sein, besonders, wenn man nicht selbst betroffen ist.

Während im Bereich Vermögensdelikte einen Rückgang zu verzeichnen war - welcher vom Gemeinderat schon fast gefeiert wurde, sind bei den Gewalt-, Betrugs- und Veruntreuungsdelikten ein deutlicher Zuwachs zu vermelden.

Die Gewaltschwelle wird offenbar immer leichtfertiger überschritten.

In der Stadt Bern ist parallel zur Zunahme von Gewaltdelikten eine steigende zunehmende Kriminalisierung der Autofahrer festzustellen. Wie in anderen Städten, so besteht auch in der Stadt Bern der Trend, mittels horrender Bussen und Gebühren eine Art Ersatzfiskalismus zu schaffen. Übertretungen, die ja nach Zeit, Ort und Umständen eigentlich Bagatellen darstellen, haben allzu oft enorme hohe Sanktionen zur Folge. Auch Touristen, die sich in unserer Stadt aufhalten und die örtlichen Gegebenheiten nicht kennen und deshalb zum Beispiel, falsch parkieren, werden rigoros gebüsst. Auf solche Ferienerinnerungen könnten diese Gäste unserer Stadt sicher verzichten!

Die Fraktion SVP/JSVP wehrt sich gegen diese offensichtliche Abzockerei der Bevölkerung unter dem Vorwand von Verkehrssicherheit und öffentlicher Ordnung. Der Bussenterror zum Wohle des Fiskus ist endlich einzustellen. Die Fraktion SVP/JSVP fordert den Gemeinderat auf, sich endlich den wirklich wichtigen Aufgaben, nämlich der Eindämmung der brutalen Gewaltkriminalität, Sprayereien und den gröberen Abfallsündern etc. in der Stadt Bern anzunehmen und die Polizei endlich ihre ursprüngliche Arbeit machen zu lassen, wie es der Sinn und Zweck wäre und auch der Auftrag, nämlich im Bereich Recht, Sicherheit und Ordnung, zum Schutze von Berns Bevölkerung sorgen!

Bern, 9. März 2006

Motion Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP), Simon Glauser, Ueli Jaisli, Erich J. Hess, Beat Schori, Rudolf Friedli

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass es um die Sicherheit in der Stadt Bern nach wie vor gut bestellt ist. Dies belegen auch Vergleiche mit ähnlich grossen Städten der Schweiz. Die Bevölkerung kann sich nach wie vor frei bewegen, ohne Gefahr zu laufen, jederzeit und unmittelfar Opfer eines Delikts zu werden. Aus der Kriminalstatistik der Stadt Bern geht hervor, dass sich die Mehrzahl der Delikte auf die Innenstadt konzentrieren. Dem gegenüber steht die seit 2003 jährlich durchgeführte Befragung durch die Dienstgruppe "Gemeinsam für Sicher-

heit" der Stadtpolizei Bern. An verschiedenen stark frequentierten Punkten in der Stadt Bern (z.B. Loebege, Freudenbergzentrum, Bern-Bethlehem und Länggasse) wird die Bevölkerung über ihr Sicherheitsgefühl (subjektives Sicherheitsempfinden) befragt. Die Resultate waren bisher durchaus erfreulich, die befragten Personen fühlten sich zu einem Grossteil sicher.

Der Gemeinderat teilt die Ansicht der Motionäre und Motionärinnen nicht, wonach es sich bei den verkehrspolizeilichen Kontrollen um eine Abzockerei oder gar um Bussenterror zugunsten der Stadtkasse handelt. Regelmässige und konsequente Kontrollen tragen in erster Linie wesentlich zur Verkehrssicherheit bei und sorgen für die Durchsetzung des Strassenverkehrsgesetzes sowie der geltenden Verkehrssysteme in der Stadt Bern, welche wiederum das hauptsächliche Ziel haben, die Lebensqualität der städtischen Wohnbevölkerung zu erhöhen.

Die Fraktion SVP/JSVP fordert den Gemeinderat dazu auf, die Polizei endlich ihre ursprüngliche Arbeit machen zu lassen und erwähnt dazu die Bereiche Recht, Sicherheit und Ordnung. Dabei verkennt sie aber, dass auch die Verkehrskontrolle eine Kernaufgabe der Polizei ist. So schreibt der Gesetzgeber ausdrücklich vor, dass die Polizeibehörden regelmässige und systematische Verkehrskontrollen durchzuführen haben. Zudem wirken die Polizeiorgane helfend und verkehrserziehend, verhindern Widerhandlungen und verzeigen fehlbares Verhalten (vgl. Artikel 130 Absatz 2 und 3 der Verordnungen vom 27. Oktober 1976 über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr [Verkehrzulassungsverordnung, VZV, SR 741.51]).

Abschliessend ist es dem Gemeinderat wichtig festzuhalten, dass polizeiliche Verkehrskontrollen unabdingbar sind. In Erfüllung dieser Aufgabe werden in der Stadt Bern keine anderen Polizeigüter vernachlässigt oder müssen bei anderen Kernbereichen Polizeikräfte abgezogen werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 6. September 2006

Der Gemeinderat